



18. Wahlperiode

Drucksache 18/3567

HESSISCHER LANDTAG

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend keine zusätzlichen Kosten für Kindertageseinrichtungen für die musische Bildung und Erziehung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag kritisiert, dass durch das Erheben von Gebühren durch die Gesellschaft für Musikalische Aufführungsrechte (Gema) Kindergärten für völlig selbstverständliche und ausdrücklich gewünschte Aktivitäten, wie das gemeinsame Singen von Liedern mit Kindern, zusätzliche Kosten entstehen können.
2. Der Landtag erwartet deshalb von der Landesregierung, umgehend auf Bundesebene aktiv zu werden, um eine bundesweit einheitliche Regelung mit der Gesellschaft für Musikalische Aufführungsrechte (Gema) über die Kosten des Kopierens von Noten urheberrechtlich geschützter Lieder für Zwecke der Kindertageseinrichtungen zu erwirken, damit diesen keine zusätzlichen Kosten für das Singen mit Kindern entstehen.

Begründung:

Die Gesellschaft für Musikalische Aufführungsrechte (Gema) versucht im Auftrag der Verwertungsgesellschaft (VG) Musikedition seit einigen Monaten zehntausende von Kindergärten zur Unterzeichnung von Lizenzverträgen zu bewegen, um Gebühren für Notenkopien einzuziehen.

Bislang hatte die VG Musikedition kein Problem in Hinsicht auf mögliche Urheberrechtsverletzungen in Kinderbetreuungseinrichtungen gesehen.

Beim Großteil der in Kindergärten gesungenen Lieder dürfte es sich um urheberrechtsfreie Musik handeln und in den allerwenigsten Fällen dürften gebührenpflichtige Kopien von Notenblättern zum Einsatz kommen.

Damit den Kindertageseinrichtungen keine zusätzlichen Kosten entstehen, ist eine schnelle bundeseinheitliche Regelung mit der Gesellschaft für Musikalische Aufführungsrechte (Gema), die einen Ausgleich zwischen den Interessen der Künstler und denen der Kindertageseinrichtungen schafft, notwendig. Vorbild dabei sollten die Rahmenverträge sein, die es bereits für Schulen und für offene Kinder- und Jugendeinrichtungen gibt. Damit würden die einzelnen Einrichtungen von zusätzlichen Kosten und weiterer Bürokratie entlastet werden.

Wiesbaden, den 11. Januar 2011

Der Fraktionsvorsitzende

Tarek Al-Wazir